

Safe Abortion Day

am 28.09.2023

Polen: Nur sichere Abtreibungen können verboten werden!

(Dominique Renault/ Susanne von Hehl – Stand: 30. August 2023)

Aktuelle Rechtslage

Seit dem 27. Januar 2021 ist ein Schwangerschaftsabbruch in Polen laut Gesetz nur aus zwei Gründen zulässig:

- wenn die Gesundheit oder das Leben der schwangeren Person gefährdet ist
- wenn die Schwangerschaft das Ergebnis von Vergewaltigung oder Inzest ist

Allerdings:

Der bloße Besitz oder die eigene Anwendung abtreibungseinleitender Medikamente ist in Polen nicht strafbar.

Aber:

Es drohen allen Personen oder Ärzt*innen, die einer schwangeren Person helfen, jenseits der gesetzlich zulässigen Grenzen einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, bis zu drei Jahren Gefängnis. Dies hat eine ehebliche abschreckende Wirkung.

Gesetzliche Beschränkungen und andere Hindernisse wie die Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen führen dazu, dass Frauen und alle schwangeren Personen nur schwer oder gar keinen Zugang zu Arzneimitteln und einer hochwertigen medizinischen Versorgung im Zusammenhang mit einem Schwangerschaftsabbruch haben und Gefahr laufen, den Abbruch mit unsicheren Methoden selbst vorzunehmen oder sich an Stellen zu wenden, die für die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen nicht qualifiziert sind.

Hintergrund

Das Anti-Abtreibungsgesetz ist bereits in den Jahren 2016 und 2018 diskutiert worden und hat eine massive Welle nationaler Proteste ausgelöst. Die gesellschaftliche Reaktion veranlasste das Parlament, das Gesetz zurückzustellen.

2020 inmitten der COVID-19-Pandemie versuchte die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit im Parlament ein vollständiges Verbot von Abtreibung und Sexualerziehung durchzusetzen. Die Regierungspartei versuchte dabei eindeutig, die Einschränkungen des Versammlungsrechts auszunutzen, um weit verbreitete Proteste zu vermeiden, wie in der Vergangenheit als Reaktion auf den Gesetzesvorschlag erlebt.

Kurz vor der Beratung im Parlament betonte die katholische Bischofskonferenz Polen erneut, sie unterstütze alle Initiativen zum "Schutz des menschlichen Lebens von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod". Die Kirche forderte das Parlament mehrfach auf, die Gesetzesverschärfung zu beschließen.

Polen hatte bereits eines der strengsten Abtreibungsgesetze in Europa. Ein Abbruch war legal, wenn die Schwangerschaft das Leben oder die Gesundheit der Mutter gefährdet, wenn sie Ergebnis einer Vergewaltigung ist oder wenn das Ungeborene schwere Fehlbildungen aufweist. Dies ist bislang der häufigste Grund für eine Abtreibung gewesen, wie die Statistik des Gesundheitsministeriums zeigt. So wurden bei einer Bevölkerungszahl von 38 Millionen von den rund 1100 Abtreibungen, die 2018 in

polnischen Kliniken durchgeführt wurden, 1050 mit Fehlbildungen des ungeborenen Kindes begründet.

Im Oktober 2020 gelang es der Regierung, das Gesetz zu verabschieden.

Am 27. Januar 2021 ist das Gesetz in Kraft getreten.

Justyna Wydrzyńska

Die Menschenrechtsverteidigerin wurde wegen ihres Einsatzes für den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen wegen „Hilfe bei der Durchführung einer Abtreibung“ mithilfe von Abtreibungspillen und wegen „Besitzes nicht zugelassener Arzneimittel mit dem Ziel, diese in den Verkehr zu bringen“ angeklagt. Im März 2023 wurde sie zu acht Monaten gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Amnesty International vermutet wie auch andere, dass Justyna Wydrzyńska offenbar als Repressalie für ihre legitimen Bemühungen um den Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen in Polen angeklagt wurde. Sie ist eine „Doula“, eine Schwangerschafts- und Geburtsbegleiterin. Sie gehört zu den Gründerinnen des polnischen Aktivist*innenkollektivs Aborcyny Dream Team, das sich gegen die Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen einsetzt und Informationen zum Thema Schwangerschaftsabbruch bereitstellt, u. a. über die Leitlinien der WHO (Weltgesundheitsorganisation) für einen sicheren, selbst durchgeführten Schwangerschaftsabbruch zu Hause.

Aussicht

Seit dem Inkrafttreten des Urteils am 27. Januar 2021 haben sich mehr als 1000 Frauen an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gewandt, um ihre Rechte einzufordern und das äußerst restriktive polnische Abtreibungsgesetz anzufechten und Gerechtigkeit zu erlangen. Diese bahnbrechenden Fälle sind die ersten direkten Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof gegen das polnische Abtreibungsgesetz. Die Klägerinnen machen geltend, dass das polnische Abtreibungsgesetz ihnen schweren Schaden zufügt und gegen ihr Recht auf Privatsphäre und Freiheit von Folter und anderer Misshandlung verstößt. Im Juni 2023 hat der EGMR die Klage von acht Frauen gegen eine Einschränkung des Rechts auf Abtreibung in Polen abgewiesen und in seinem Urteil das Fehlen medizinischer Nachweise moniert.

Neun führende internationale Menschenrechtsorganisationen haben in diesen Fällen Drittinterventionen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht, darunter Amnesty International, das Center for Reproductive Rights, Human Rights Watch, die International Commission of Jurists (ICJ), die International Federation for Human Rights (FIDH), das International Planned Parenthood Federation European Network (IPPF EN), Women Enabled International, Women's Link Worldwide und die World Organisation Against Torture (OMCT). Die Beiträge liefern Beweise und Analysen, die sich auf internationale Menschenrechtsgesetze, vergleichendes europäisches Recht und Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation stützen. Sie skizzieren die tiefgreifenden Auswirkungen, die sehr restriktive Abtreibungsgesetze auf das Leben und die Gesundheit von Frauen und Mädchen im reproduktiven Alter haben.

Quellen:

Justyna Wyrzyńska: www.amnesty.de/sites/default/files/2022-03/028_2022_DE_Polen.pdf

www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/polen-feministin-droht-haft-2022-03-29
(29.03.2022)

www.amnesty.org/en/latest/news/2022/07/poland-charges-against-activist-accused-of-aiding-an-abortion-must-be-dropped-2/ (13.07.2022)

Poland: Regression on abortion access harms women www.amnesty.org/en/latest/news/2022/01/poland-regression-on-abortion-access-harms-women/ (26.01.2022)

Poland: A year on. Abortion ruling harms women

www.amnesty.org/en/latest/news/2021/10/poland-a-year-on-abortion-ruling-harms-women/ (29.10.2021)

Poland: Roll back of reproductive rights is dark day for Polish women

www.amnesty.org/en/latest/press-release/2021/01/poland-roll-back-of-reproductive-rights-is-dark-day-for-polish-women/ (27.01.2021)